# BEBAUUNGSPLAN "ROSENGARTEN" 6. ÄNDERUNG



#### PLANZEICHEN nach Plan ZVO

 Art der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB

Maß der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB

Grundflächenzahl §§ 16, 17 und 19 BauNVO

Gewerbegebiete § 6 BauNVO

Baumassenzahl §§ 16, 17 und 21 BauNVO BMZ 8,0

Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß § 16 BauNVO

Bauweise § 9 (1) BauGB

abweichende Bauweise § 22 (4) BauNVO

4. Überbaubare Grundstücksfläche § 9 (1) Nr. 2 BauGB

Baugrenze § 23 (3) BauNVO

Verkehrsflächen § 9 (1) Nr. 11 (6) BauGB Straßenverkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 (1) Nr. 20 und 25 BauGB

Anpflanzen von Bäumen § 9 (1) Nr. 25a BauGB

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 (1) Nr. 25a BauGB

7. Sonstige Planzeichen

Bezugspunkt in m ü. NN Kanaldeckel "Im Rosengarten"

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes § 9 (7) BauGB

Nachrichtlich

Gewässerrandstreifen (gemäß § 23 HWG bzw. § 38 WHG) Leitungsschutzbereich für 20 kV- und 110 kV-Freileitungen

# A. Planungsrechtliche Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB i. V. m. BauNVO

### 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1. Nr. 1 BauGB)

1.1 Gewerbegebiet GE

Im Gewerbegebiet GE 1 sind folgende Nutzungsarten allgemein zulässig:

- Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe - Geschäfts-, Büro und Verwaltungsgebäude

Nicht zulässig sind:

Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen, Betriebsinhaber und Betriebsleiter,

Anlagen für sportliche Zwecke Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke

Tankstellen

Vergnügungsstätten

Anlagen für soziale und gesundheitliche Zwecke

#### 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

2.1 Höhe baulicher Anlagen (§ 18 BauNVO) Die Gebäudehöhe wird gemessen bis zur Oberkante der obersten Firstlinie bei geneigten Dächern bzw. vom Bezugspunkt bis zur Attika bei Flachdächern.

Gebäudehöhe:

Die maximale Gebäudehöhe liegt im Gewerbegebiet GE 1 bei 136,50 m ü. NN.

Dachaufbauten für technische Anlagen über der maximalen Gebäudehöhe sind bis zu einem Volumen von 25 m³ und einer Höhe von 2,50 m zulässig.

2.2 Baumassenzahl (§ 21 BauNVO)

Im Gewerbegebiet GE 1 darf die Baumassenzahl (BMZ) die Obergrenzen für die Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung gemäß § 17 BauNVO überschreiten, jedoch maximal bis 15,0.

3. Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche sowie Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

In der abweichenden Bauweise (a) sind bauliche Anlagen bis zu einer Gesamtlänge von 110 m mit seitlichem Grenzabstand

#### 4. Flächen für Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen (§ 9 Abs.1 Nr. 4 BauGB)

Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig. Stellplätze, ihre Zufahrten und Nebenanlagen nach § 14 (1) BauNVO sind auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

#### 5. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

Die mit Planzeichen dargestellten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind als Baumhecke zu entwickeln. Je 100 ² ist ein Hochstamm oder Stammbusch gemäß Auswahlliste 1 zu pflanzen, zu pflegen und bei Verlust zu ersetzen. Vorhandene heimische Laubbäume sind zu erhalten und können hierauf angerechnet werden. Die Pflanzstandorte für Hochstämme und Stammbüsche sind außerhalb von Leitungsschutzbereichen zu wählen, ohne die zu pflanzende Anzahl zu verringern. Als Unterpflanzung sind Sträucher (1 Stück je 1,5 m² Pflanzfläche) gemäß Auswahlliste 2 zu pflanzen, zu pflegen und bei Verlust zu ersetzen.

Die mit Planzeichen dargestellten zu pflanzenden Bäume sind der Auswahlliste 3 zu entnehmen. Die Baumpflanzungen sind zu pflegen und bei Verlust zu ersetzen. Die in der Planzeichnung dargestellten Standorte können für Eingänge, Zufahrten, zum Schutz von Ver- und Entsorgungsleitungen o. ä. verändert werden. Die Anzahl der festgesetzten Bäume darf sich dadurch nicht

Je 5 zusammenhängende Stellplätze ist ein Baum der Auswahlliste 3 zu pflanzen, zu erhalten und bei Verlust zu ersetzen. Die Größe der Baumscheibe muss mindestens 4 m² betragen.

#### B. Auf Landesrecht beruhende Festsetzungen nach § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 91 Abs. 1 Nr. 1, 4 und 5 HBO

#### 1. Äußere Gestaltung baulicher Anlagen

1.1 Dächer und Fassaden

Für die Außenwände und Dächer der Gebäude und baulichen Anlagen sind keine hochreflektierenden Materialien zu

Für die Farbgebung der Außenflächen der Gebäude sind folgende Farbtöne zulässig: - weiß bis grau (z. B..RAL 9006, 9007, 9010, 9016 und 7010 bis 7038).

Einzelne Fassadenelemente wie Fallrohre, Sockel, Attika usw. sowie die zulässigen Werbeanlagen gemäß Nr. 1.2 können auch in anderen Farbtönen bzw. mit der jeweiligen Materialoberfläche ausgeführt werden.

#### 1.2 Werbeanlagen

Werbeanlagen dürfen nur an der Stätte der Leistung errichtet werden. Werbetafeln/Schilder und Schriftzüge werden auf insgesamt 70 m² begrenzt, wobei die Schrifthöhe 4,00 m nicht übersteigen darf.

#### 2. Stellplätze für Kraftfahrzeuge

2.1 Zufahrten zu Stellplätzen

§ 3 Abs. 4 der Stellplatz-und Ablösesatzung der Stadt Bad Vilbel, bekannt gemacht am 04.07.2019, mit Regelungen für Zufahrten von öffentlichen Straßen zu Stellplätzen ist im Geltungsbereich des Bebauungsplans nicht anzuwenden.

#### 3. Nutzung, Gestaltung und Bepflanzung der Grundstücksfreiflächen

3.1 Nicht überbaute Grundstücksflächen

Die nicht überbauten und durch Nebenanlagen versiegelten Grundstücksflächen sind - mit Ausnahme der erforderlichen Fußwege und Aufenthaltsplätze - zu 100% als Vegetationsfläche herzustellen und dauerhaft zu unterhalten.

#### 3.2 Solaranlagen

Solaranlagen oder Anlagen der Photovoltaik sind auf baulichen Anlagen im Gewerbegebiet zulässig. Die Einschränkungen der maximalen Gebäudehöhe und der Fassadenge-staltung gelten nicht für Solaranlagen oder Anlagen der Photovoltaik.

Für die Außenbeleuchtung an Gebäuden und im Straßenraum sind ausschließlich insektenfreundliche Leuchtmittel (Natrium-Niederdruckdampf- oder LED-Lampen) mit max. 3000 Kelvin Farbtemperatur zu verwenden

#### C. Hinweise nach anderen Rechtsvorschriften

Hinweis des Denkmalschutzes:

Wenn bei Erdarbeiten Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen und Fundgegenstände, z. B. Scherben, Steingeräte, Skelettreste entdeckt werden, ist dies nach § 21 HDSchG unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege, HessenArchäologie oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden. Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen (§ 21 Abs. 3 HDSchG).

2. Hinweis des Bodenschutzes:

Liegen Anhaltspunkte für eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast vor, ist nach § 4 Abs. 1 HAltBodSchG unverzüglich die Bodenschutzbehörde bzw. das Regierungspräsidium Darmstadt, Abt. Arbeitsschutz und Umwelt, zu informieren. Ergeben sich im Zuge von Baumaßnahmen entsprechende Hinweise sind - nach § 4 Abs. 2 HAltBodSchG - Maßnahmen, die die Feststellung des Sachverhaltes oder die Sanierung behindern können, bis zur Freigabe durch die Bodenschutzbehörde zu

Auch wer Materialien in den Boden einbringt, hat dies gemäß § 4 Abs. 3 HAltBodSchG anzuzeigen, allerdings nur dann, wenn diese Maßnahme nicht ohnehin Gegenstand einer Zulassung nach anderen Rechtsvorschriften ist und es sich um mehr als 600

Angezeigt werden muss weiterhin jede Sanierungsmaßnahme, wobei § 11 HAltBodSchG eine Ausnahme für Sanierungsfälle vorsieht, bei denen das Ziel schon mit einfachen Mitteln erreicht werden kann. Im Zweifelsfalle ist jede Sanierungsmaßnahme anzuzeigen. Die angezeigten Sanierungsmaßnahmen bedürfen sodann der behördlichen Zustimmung.

Die Funktionen des Bodens sind in Abstimmung mit den zuständigen Behörden nachhaltig zu sichern oder wiederherzustellen.

3. Hinweis zur Behandlung von Niederschlagswasser:

Gem. § 37 Abs. 4 HWG soll, soweit wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen, Niederschlagswasser von demjenigen verwertet werden, bei dem es anfällt. Gem. § 55 Abs. 2 WHG soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit dem Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.

4. Hinweis zu Ver- und Entsorgungsleitungen - unterirdisch:

Zum Schutz von unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen sind bei Baumaßnahmen und Bepflanzungen die erforderlichen Sicherheitsabstände einzuhalten bzw. geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen.

5. Hinweis zu Leitungsschutzbereichen von Hochspannungsleitungen:

Nördlich außerhalb des Geltungsbereiches verlaufen 20 kV- und 110 kV-Freileitungen, deren Leitungsschutzbereiche das Planungsgebiet tangiert. Die nach DIN EN 50341-1 geregelten Abstände bei Arbeiten, der Errichtung baulicher Anlagen, Baumpflanzungen etc. sind einzuhalten bzw. mit dem Versorgungsträger abzustimmen.

6. Hinweis zu Kampfmitteln:

Der Geltungsbereiches des Bebauungsplans liegt innerhalb eines Bombenabwurfgebietes. Vom Vorhandensein von Kampfmitteln muss grundsätzlich ausgegangen werden. In den Bereichen, in denen durch Nachkriegsbebauungen bereits bodeneingreifende Baumaßnahmen bis zu einer Tiefe von mindestens 5 Metern durchgeführt wurden, sind keine Kampfmittelräummaßnahmen notwendig. Bei allen anderen Flächen ist eine systematische Überprüfung (Sondierung auf Kampfmittel) erforderlich. Hierzu wird eine Abstimmung mit dem Kampfmittelräumdienst beim Regierungspräsidium Darmstadt

7. Hinweis zum Gewässerrandstreifen der Nidda: Im Nordosten reicht der nach § 23 Hessisches Wassergesetz (HWG) geregelte Gewässerrandstreifen der Nidda in den Geltungsbereiches des Bebauungsplans. Die Ver- und Gebote gemäß § 23 HWG bzw. § 38 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sind einzuhalten. Bauliche Anlagen sind unzulässig bzw. bedürfen der Genehmigung der Unteren Wasserbehörde. Dies betrifft auch Baunebenanlagen wie Mauern und Zäune.

8. Hinweis zum Heilquellenschutz:

Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung liegt in der Qualitativen Schutzzone I des Heilquellenschutzgebietes in der Provinz Oberhessen (Verordnung vom 07.02.1929) - Oberhessischer Heilquellenschutzbezirk. Der östliche Teil des Geltungsbereiches befindet sich in der Zone III des Heilquellenschutzgebietes "Friederich-Karl-Sprudel" (Verordnung vom 10.03.1978). Die geltenden Verbote dieser Verordnungen sind zu beachten. Innerhalb dieser Schutzzonen sind Abgrabungen und Bohrungen über 5 m Tiefe genehmigungspflichtig. Für Bodeneingriffe, die über diese Eingriffstiefe hinausgehen, ist bei dem Kreisausschuss des Wetteraukreises, Fachstelle Wasser- und Bodenschutz eine Ausnahmegenehmigung zu beantragen.

9. Hinweis der Bergaufsicht:

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans wird von auf Kohlensäure verliehenem Bergwerkeigentum überdeckt. Sollte die Überdeckung der Lagerstätten beseitigt werden, besteht die Möglichkeit einer CO2-Ausgasung. Bei Arbeiten unter Geländeniveau sollten entsprechende Vorsichtsmaßnahmen (CO2-Freimessungen) getroffen werden.

10. Hinweis zum Artenschutz:

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist ein Vorkommen besonders geschützter Tierarten (v. a. Vögel und ggf. Fledermäuse) nicht auszuschließen. Zur Vermeidung von Verbotstatbeständen gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG -Tötungsverbot - und des § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG - Lebensstättenschutz sind bei baulichen Eingriffen Bäume und Sträucher nur außerhalb der Fortpflanzungszeit von Vögeln, d. h. in der Zeit zwischen dem 01.10 und dem 28. bzw. 29.02 des Folgejahres zu beseitigen. Bei baulichen Veränderungen oder einem Abriss von bestehenden Gebäuden ist vor Beginn der Arbeiten im Zuge einer Baufeldkontrolle zu prüfen, ob besetzte Fortpflanzungs- oder Ruhestätten geschützter Arten betroffen

Sind dennoch baubedingte Beeinträchtigungen im Sinne des § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG - Tötungsverbot - und des § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG - Lebensstättenschutz - zu erwarten, so ist gemäß § 44 (5) BNatSchG nachzuweisen, dass die ökologische Funktion der von den Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt ist. Im Falle eines zu erwartenden erheblichen Störungstatbestandes gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG ist nachzuweisen, dass der Erhaltungszustand der lokalen Population der betroffenen Arten sich nicht verschlechtert.

## D. AUSWAHLLISTEN FÜR BEPFLANZUNGEN

1. Bäume

Qualität: Hochstämme, 3 x v., mit Ballen, mindestens StU 16-18 oder Stammbusch 3 x v., mit Ballen, mindestens 250-300 cm Spitz-Ahorn Acer platanoides

Berg-Ahorn Acer pseudoplatanus Schwarz-Pappel Populus nigra Stieleiche Quercus robur Silber-Weide Salix alba Winter-Linde Tilia cordata Sommer-Linde Tilia platyphyllos Feld-Ulme Ulmus minor

2. Sträucher Qualität: Sträucher, leichte Heister, mindestens 60-100 cm

Feld-Ahorn Acer campestre Hainbuche Carpinus betulus Blut-Hartriege Cornus sanguinea Hasel Corylus avellana. Weißdorn Crataegus i. A. Pfaffenhütchen Euonymus europaeus Hecken-Rose Rosa canina Sal-Weide Salix capera

Sambucus nigra

3. Bäume an Straßen und Stellplätzen

Schwarzer Holunder

Qualität: Hochstämme, 3 x v., mit Ballen, StU 16-18 Feld-Ahorn Acer campestre Spitz-Ahorn Acer platanoides i. S Berg-Ahorn Acer pseudoplatanus Hainbuche Carpinus betulus Winter-Linde Tilia cordata i. S. Sommer-Linde Tilia platyphyllos i. S. Weißdorn Crataegus i. A. Mehlbeere Sorbus aria Schwedische Mehlbeere Sorbus intermedia

Thüringer Mehlbeere Sorbus thuringiaca

#### RECHTSGRUNDLAGEN

ALS RECHTSGRUNDLAGE SIND ZU BEACHTEN

- Baugesetzbuch (BauGB) Baunutzungsverordnung (BauNVO)
- Planzeichenverordnung (PlanzV)
- Hessische Bauordnung (HBO) Bundesnaturschutzgesetz (BNatschG)
- Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
- 8. Hessisches Wassergesetz (HWG)

jeweils in der z.Z. der öffentlichen Auslegung geltenden Fassung

#### VERFAHRENSVERMERKE

Aufgestellt gem. § 2 Abs. 1 BauGB durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.2021

Öffentliche Bekanntmachung der Ziele und Zwecke der Planung am 16.06.2021 im

Auslegungsbeschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.2021 Öffentliche Bekanntmachung der Auslegung am 16.06.2021 im Bad Vilbeler Anzeiger. Öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 21.06.2021 bis 19.07.2021 in der Stadtverwaltung. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durch Schreiben vom 21.06.2021 mit Bitte um Stellungnahme bis zum

Als Satzung beschlossen gem. § 10 Abs. 1 BauGB von der Stadtverordnetenversammlung

Bad Vilbel, den 29. Sep. 2021



2 8. Okt. 2021 Ortsübliche Bekanntmachung gem § 10 Abs. 3 BauGB am ...

Bad Vilbel, den 29. Okt. 2021





Bebauungsplan "Rosengarten" 6. Änderung mit integriertem Landschaftsplanerischem Fachbeitrag Stadt Bad Vilbel

Magistrat der Stadt Bad Vilbel, Am Sonnenplatz 1, 61118 Bad Vilbel

bearbeitet:	DiplIng. M. Schaefer	Plan Nr.:	
Grafik:	A. Jäschke	Maßstab:	1:1000
geprüft:	DiplIng. M. Schaefer	Datum:	30.09.2021

Datengrundlage: Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation

Art der Änderung

Daty Profil

Dipl.-Ing. M. Schaefer Arle Bahnhofstraße 15 6 1169 Friedberg Tel. 06031-2011 Fax 06031-7642 email: info@naturprofil.de

Datum